

## Vorschlag

auf das Zustandebringen der Arbeitsgruppe „Soziale Fragen“ im Rahmen der  
Arbeitsgemeinschaft Donauländer

Eine Folge der jetzigen Erweiterung der Europäischen Union ist, dass mit der Anschließung der ost- und mitteleuropäischen Ländern neue Elemente im sozialen Bild erscheinen. Die neuen Mitgliedsländer bringen ihre eigenartigen Probleme – die relative Armut, den Rückstand der ruralen Bevölkerung, die Problematik der Romas – und ihre sozialpolitische Praxis, die eine ganz unterschiedlich definierte Sozialpolitik ist, als die der Europäischen Union. Auf Grund der abweichenden Deutung der Sozialpolitik hat sich die Gemeinschaft gar nicht oder kaum auf die Rezeption und Behandlung diese „Anderssein“ vorbereitet.

Das Fundament der sozialen Rechte - wie die Charta oft in Europa genannt wird – hat sich seit seiner Annahme bedeutend ausweitert. Die am 3. Mai 1996 angenommene modifizierte Europäische Soziale Charta behandelt die soziale und wirtschaftliche Rechte mit besonderer Ausführlichkeit und bedeutet ein grundlegendes Muster.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass das europäische soziale Modell vor einer riesigen Herausforderung steht. Die Beaufwahrung, bzw. Entwicklung dessen und die Verstärkung der sozialen Kohesion sind grundlegende Interessen aller Mitgliedsländer.

Das wichtigste Mittel der Behandlung sozialer Probleme ist der Europäische Soziale Fonds. In seiner jetzigen Form und mit seiner jetzigen Zielsetzungen ist er nicht geeignet, die auftauchenden, anders geprägten soziale Probleme zu behandeln. Die neuen Mitgliedsländer werden die gleichen Mitgliedsbeiträge zahlen müssen wie die Alten, auf Grund dessen sie mit Recht auf gerechte Mitrede bei der Bestimmung der sozialen Ziele und laut dem Prinzip der Chancengleichheit bei der Verwendung der gemeinsamen Ressourcen zählen können.

Auf Grund all dieser Tatsachen halten wir es für begründet, eine Arbeitsgruppe „Soziale Fragen“ zustande zu bringen, die unter anderem folgende Aufgaben erfüllt:

- Analyse der nach der Erweiterung sich herausbildenden soziale Lage
- Überprüfung der sozialpolitischen Strategien
- Modernisierung des bestehenden Systems
- Ausarbeitung von haltbaren Lösungen

Auf Grund unserer obigen Argumente schlagen wir vor, dass die Arbeitsgemeinschaft Donauländer die Arbeitsgruppe „Soziale Fragen“ zustande bringt.

Pécs, den 13. Oktober 2003.

**Péter Tasnádi**  
Vizepräsident der Generalversammlung  
des Komitates Baranya